



FDP

**Fraktion
Region Hannover**

**Rede des Fraktionsvorsitzenden Dieter Lüddecke in der
Regionsversammlung am 28.09.2004**

Thema: Erhöhung der Abfallgebühren um 20%

Die Behauptung der rot-grünen Mehrheitsgruppe, die Erhöhung mache ja nur wenige Euro pro Haushalt aus, stimmt so nicht. Im ehemaligen Landkreis Hannover erhöht sich jetzt die Grundgebühr für einen Einpersonenhaushalt von 104,40 auf 135 €. Hinzu kommt die höhere Sackgebühr. In der Stadt Hannover sind ähnliche Gebührensteigerungen zu verzeichnen.

Bei dieser Erhöhung muss man mitbetrachten, dass die Haushalte auch in anderen Bereichen erheblich belastet werden. So muss der ÖPNV-Fahrer im Schnitt 4,5% mehr bezahlen. Für den Autofahrer erhöhen sich die Benzinpreise aufgrund der Ökosteuer deutlich. Für unsere Wohnungen müssen wir höhere Gaspreise bezahlen. In der Summe bedeuten diese Erhöhungen eine enorme Belastung für den einzelnen Haushalt, besonders für Familien mit geringem Einkommen. Würde die rot-grüne Mehrheitsgruppe die Einwohner in der Region befragen, würden diese eine klare Antwort geben.

Die über 20%ige Erhöhung der Grundgebühren und der Tonnengebühren in der Stadt Hannover ist nicht nur die Folge der gesetzlichen Vorgaben – die nimmt meine Fraktion zur Kenntnis und sie hat sie auch ausgewertet – sondern auch eine Folge der rot-grünen Abfallpolitik der letzten Jahre. Das wird schnell vergessen.

Ich will die Diskussion um die kalte Rotte nicht wieder neu aufgreifen. Damals ist uns auch von den Gutachtern gesagt worden, dass die kalte Rotte 34 Mio. € kosten soll. Inzwischen sind es 48 Mio. €. Das ist eine deutliche Steigerung, die die Menschen in der Region mit ihren Gebühren finanzieren müssen. Diese kalte Rotte ist nicht nur ökonomischer Unsinn – das werde ich gleich bei der Verbrennung versuchen deutlich zu machen – sondern auch ökologischer Unsinn. Mir muss schon mal jemand erklären, warum es sinnvoll sein soll, dass Restmüll in eine solche Anlage gegeben wird, die biologisch abbaubaren Stoffe dort abgebaut werden und die Schadstoffe erhalten bleiben und anschließend in Kolenfeld deponiert werden. Das heißt, alle Schadstoffe werden weiter deponiert. Das ist lediglich ein Vorgang zur Reduzierung des Müllvolumens, mehr nicht.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass man in Zukunft weniger Restmüll haben wird. Das ist eine gute Entwicklung, die mehrere Gründe hat: Zum einen ist es die demografische Entwicklung, zum anderen aber auch eine wirklich konsequente Trennung von wieder verwertbaren Stoffen und solchen, die nicht verwertbar sind und deponiert oder verbrannt werden müssen.

Wenn man aber weniger Restmüll hat, dann ist wirklich die Frage zu stellen, ob man dieses System mit der doppelten Entsorgung braucht. Wir wissen alle, dass die Region bzw. der ehem. Landkreis sehr gute Verträge mit den Betreibern der Verbrennungsanlagen abgeschlossen hat. Der Vertrag

mit Buschhaus wird noch nicht einmal in Gänze ausgenutzt. Man kann drei Lose mit je 34.000t Restmüll im Jahr verbrennen. Von diesen sind erst zwei Lose eingelöst. Bei Anwendung des dritten Loses könnte ein noch günstigerer Preis erzielt werden als bisher. Mit BKB in Lahe wurde ebenfalls ein günstiger Vertrag ausgehandelt, verbunden mit der Verpflichtung, 56.000 t jährlich abzunehmen. Wenn man mehr in die Verbrennung hineingeben würde – nämlich das, was nach Auffassung der Mehrheitsfraktion in die biologische Anlage kommt – dann könnte man einen Preis aushandeln, der unter 60 € pro Tonne liegt. Wenn man diesen Weg konsequent gehen würde, dann bitte ich wirklich zur Kenntnis zu nehmen, dass es auch Experten gibt, die anderer Meinung sind und die die vermeintlichen 3 Mio. € an Mehrkosten für die Müllverbrennung, die hier bei jeder Regionsversammlung von rot-grün angesprochen werden, in Frage stellen.

Nun zu der Frage der Transparenz. Natürlich hat man hier eine Vorlage mit vielen Zahlen erstellt. Transparenz entsteht aber erst, wenn man zum Vergleich das Angebot eines zweiten Anbieters zu den gleichen Bedingungen und bei den gleichen Restmüllmengen vorliegen hat. Dann hat man Transparenz und Vergleichbarkeit und kann sagen: „Der eine ist teurer und der andere ist billiger“. Das, was hier vorliegt, ist doch nur eine Auflistung der Preise von aha für ganz bestimmte Entsorgungseinheiten. Wie aha das berechnet, oder ob andere das günstiger machen würden oder nicht, geht aus der Vorlage nicht hervor. Transparenz ist aus unserer Sicht mit dieser Drucksache daher nicht gegeben.

Jetzt komme ich zu dem Vergleich mit den anderen Landkreisen, die angeblich teurer sind. Das ist ja wieder eine Milchmädchenrechnung. Jeder Landkreis hat sich auf die gesetzlichen Vorgaben, die ab 2005 zu erfüllen sind, unterschiedlich vorbereitet. Die Landkreise, die nicht – wie der ehemalige Landkreis Hannover und die Stadt Hannover und wir selbst in der Region – mit aus meiner Sicht kostengünstigen Verbrennungsanlagen Vorsorge getroffen haben, stehen heute natürlich vor einem Problem und müssen, wenn sie verbrennen wollen, die Preise bezahlen, die ihnen heute diktiert werden. In dieser Situation sind wir in der Region Hannover nicht. Deswegen lobe ich die Tatsache, dass hier über Jahre bestimmte Verträge abgeschlossen worden sind, die die Region in eine günstigere Situation bringen – speziell mit den drei Verbrennungsanlagen Buschhaus, Lahe und Hameln. Hierbei handelt es sich ja um laufende Verträge, die auch noch in die Zukunft ausreichend sein werden. Wir in der Region Hannover sind also in einer günstigeren Ausgangssituation als andere Landkreise.

Abschließend einige Anmerkungen zur Privatisierung. Wir brauchen in der Abfallwirtschaft dringend den Wettbewerb. Nur wenn die Leistungen für das Einsammeln und Entsorgen von Hausmüll ausgeschrieben werden und private Unternehmen anbieten dürfen, können wir mit stabilen Preisen rechnen. Andere Landkreise sind da weiter als wir. Das privatisierte Entsorgungsunternehmen in Braunschweig erhöht aufgrund der geänderten Gesetzgebung des Bundes die Preise im nächsten Jahr lediglich um 5 %. Das sollte in dieser besonderen Situation die obere Grenze sein. Das öffentliche Regionsunternehmen aha hat bei uns eine Monopolstellung und diktiert den privaten Haushalten in der Region Hannover eine Erhöhung um 20 %. Bei der Neuregelung der Gebühren für Gewerbeabfälle werden besonders kleine und mittlere Unternehmen durch die Einführung einer Pflichttonne zusätzlich zur Kasse gebeten. Beide Erhöhungen wird die FDP-Fraktion ablehnen.